

Was ist den Österreicher*innen Demokratie und Religion tatsächlich wert?

Regina Polak

Institut für Praktische Theologie

(Pastoraltheologie und Kerygmatik | Religionspädagogik und Katechetik)



Hinführung

Lage der Demokratie in Österreich

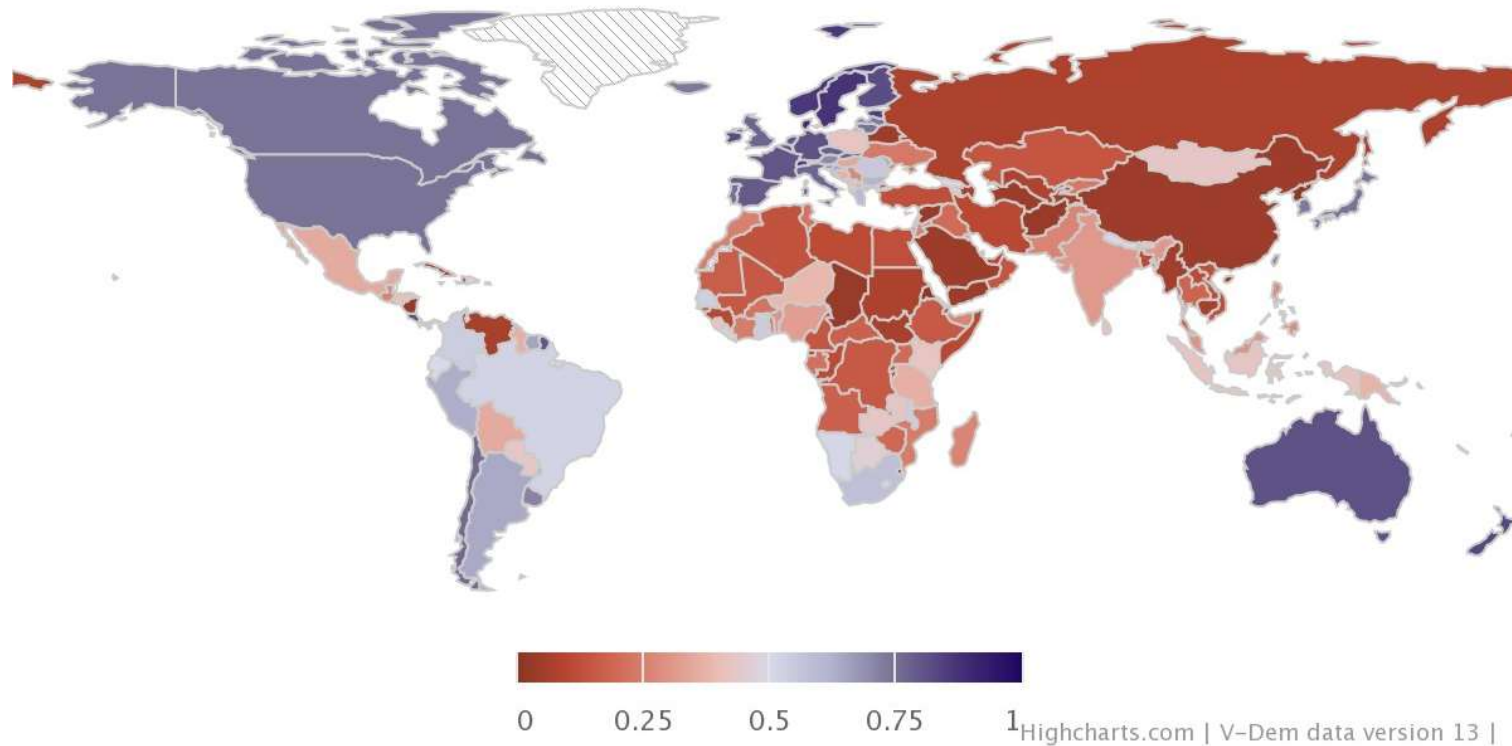
Zustand und Rolle der Religion

Exemplarische weiterführende Überlegungen





Kontext 1: Krise der liberalen Demokratien (Index liberaler Demokratien 2022, V-Dem, Pickel S.)



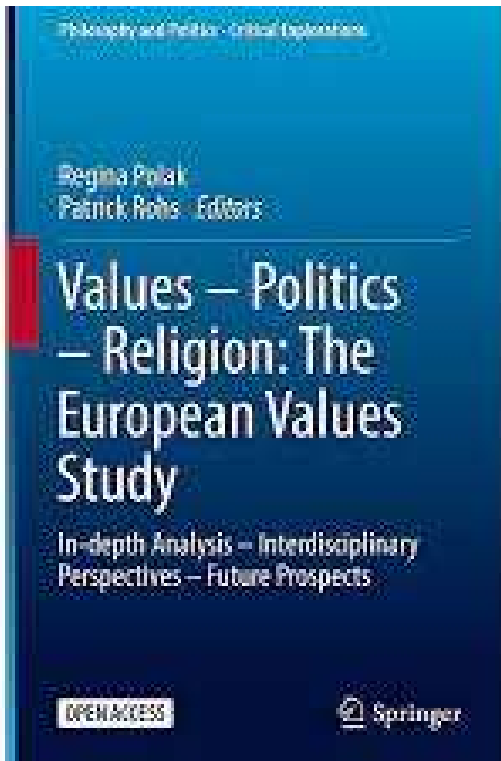
- Roland Inglehart (The Sudden Decline of Religion“): Weltweit sinken seit 2007 die religiösen Indikatoren, insbes. unter jungen Menschen
 - Im Zentrum: Gender, sexuelle Orientierung und damit verbundene Einstellungen und Werte
 - Betrifft alle Religionen (mehr oder weniger stark bzw. sichtbar)
 - Externe und interne Konflikte um Religion:
 - Politisierung von Religion („Kampf um Werte“, „interreligiöser Dialog“ bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust von Religionsgemeinschaften)
 - EU: Wachsender Säkularismus (Recht auf Abtreibung, Gesetz um Leihmutterchaft – Entkoppelung biologische-soziale Elternschaft, „End-of-Life-Moralities“ kaum religiös begründet)
 - Interne Polarisierungen innerhalb der Religionsgemeinschaften
-

- Zwei „Hüte“: Theologie und Sozialwissenschaften
 - Wahlen 2024: FPÖ konstant auf Platz 1: Gefahr für die liberale Demokratie
 - Migration und Islam als Brennpunkte der Krise um Demokratie und Religion, die auch in Österreich beide „Lebensformen“ betrifft; Debatte um „christliche Werte“
 - „Demokratie braucht Religion“ (Rosa, Böckenforde) – faktisch geht es um das Christentum
 - Beides sind soziologisch „Lebensformen“, die ein „System organisierter Unsicherheitsbewältigung“ darstellen (Freiheit, Zusammenleben, Regeln und Normen, Institutionen, Umgang mit Konflikten, Herausforderungen, Leid)
 - Beide haben normative Grundlagen (Würde und Gleichheit des Menschen, Universale Gerechtigkeit, Menschenrechte)
 - Auch aus theologischer (normativer) Sicht, besteht kein Zweifel, dass Demokratie und Religion eng zusammenhängen
 - der christliche Glaube hat eine konstitutiv „politische“ Dimension (im Sinn der Mit-Verantwortung für eine gerechte, gemeinwohlorientierte, der menschlichen Würde und der damit verbundenen Rechte verpflichteten Gesellschaft), die sich aus verschiedenen Quellen begründen lässt (Bibel, Katechismus, Lehramt, politische Theologien etc.)
 - Politische Theorien der Moderne (inkl. die Demokratie in unserem liberalen, menschenrechtsbasierten Sinn) sind eher am Sinai „erfunden“ worden als in Athen (Jan Assmann: Exodus; Eric Nelson: The Hebrew Republic)
-



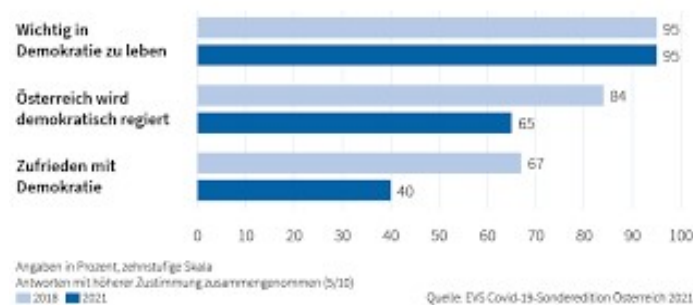
Fragestellungen

- Stimmen diese (idealistischen, aus dem theologischen Selbstverständnis heraus generierten) Thesen auch aus empirischer Perspektive?
- Welchen Einfluß haben subjektiv religiöse Einstellungen und Werte aus soziologischer Sicht auf die Demokratie und die Politik (in Österreich und Europa)?

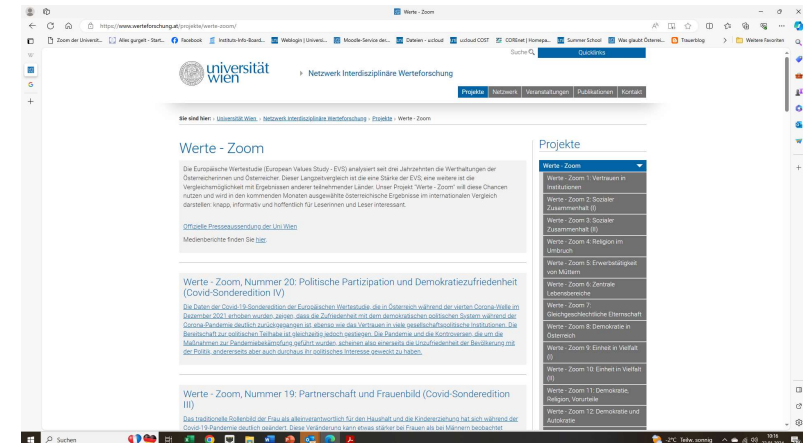


Covid-19-Sonderedition der Europäischen Wertestudie 2021/22

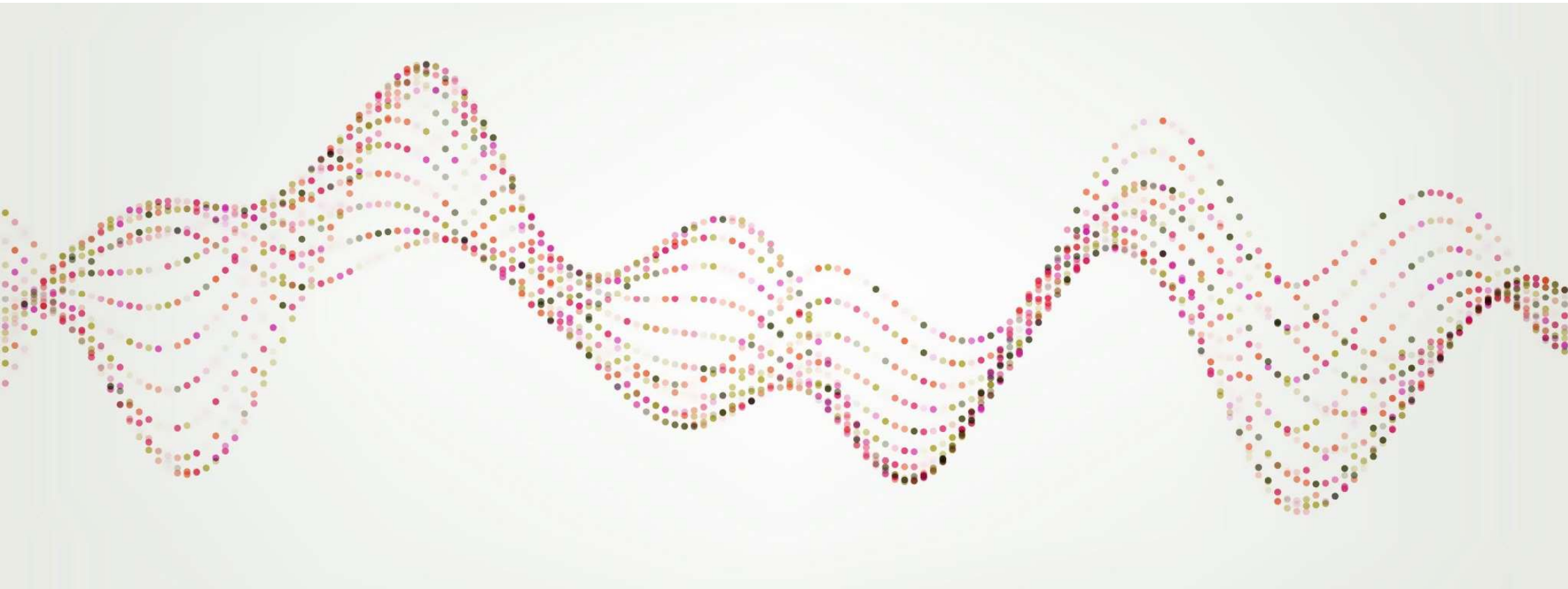
Demokratiezufriedenheit



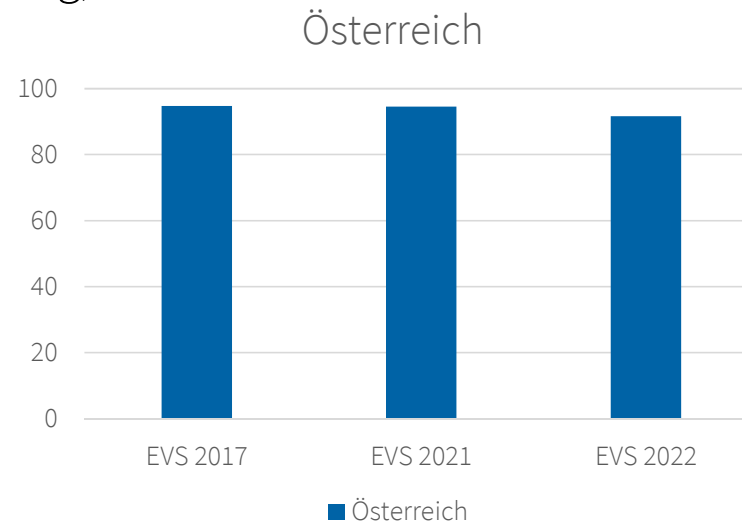
Netzwerk Interdisziplinäre
Werteforschung der
Universität Wien
[Netzwerk
\(werteforschung.at\)](http://werteforschung.at)



- Die European Values Study (EVS) analysiert seit drei Jahrzehnten die Werthaltungen der Europäer*innen, inkl. der Österreicherinnen und Österreicher zu den Bereichen Familie, Freizeit, Arbeit, Politik, Religion.
 - Dieser Langzeitvergleich ermöglicht die Skizzierung einer europäischen „Wertelandkarte“, die Beobachtung von Langzeitentwicklungen und Ländervergleiche.
 - Zwischen 2020 – 2023: Schwerpunkt: Wie wirken sich religiöse Einstellungen auf Werte aus, die für die liberale, menschenrechtsbasierte Demokratie relevant sind?
 - Begriffe:
 - „Werte“: Einstellungen zu Werten und Werten, die bestimmten Aussagen zugrundeliegen
 - „Religion“: Selbstverständnis; traditionell religiöse Zugehörigkeiten, Überzeugungen und Praxis; Repräsentative Aussagen primär möglich über Menschen, die sich als „Christ*innen“ verstehen
 - „Politik“: Relevanz des Lebensbereiches Politik; demokratische Einstellungen und Praxis (Autoritarismus, Einstellungen zu Pluralität und Minderheiten, Vertrauen in Demokratie)
-

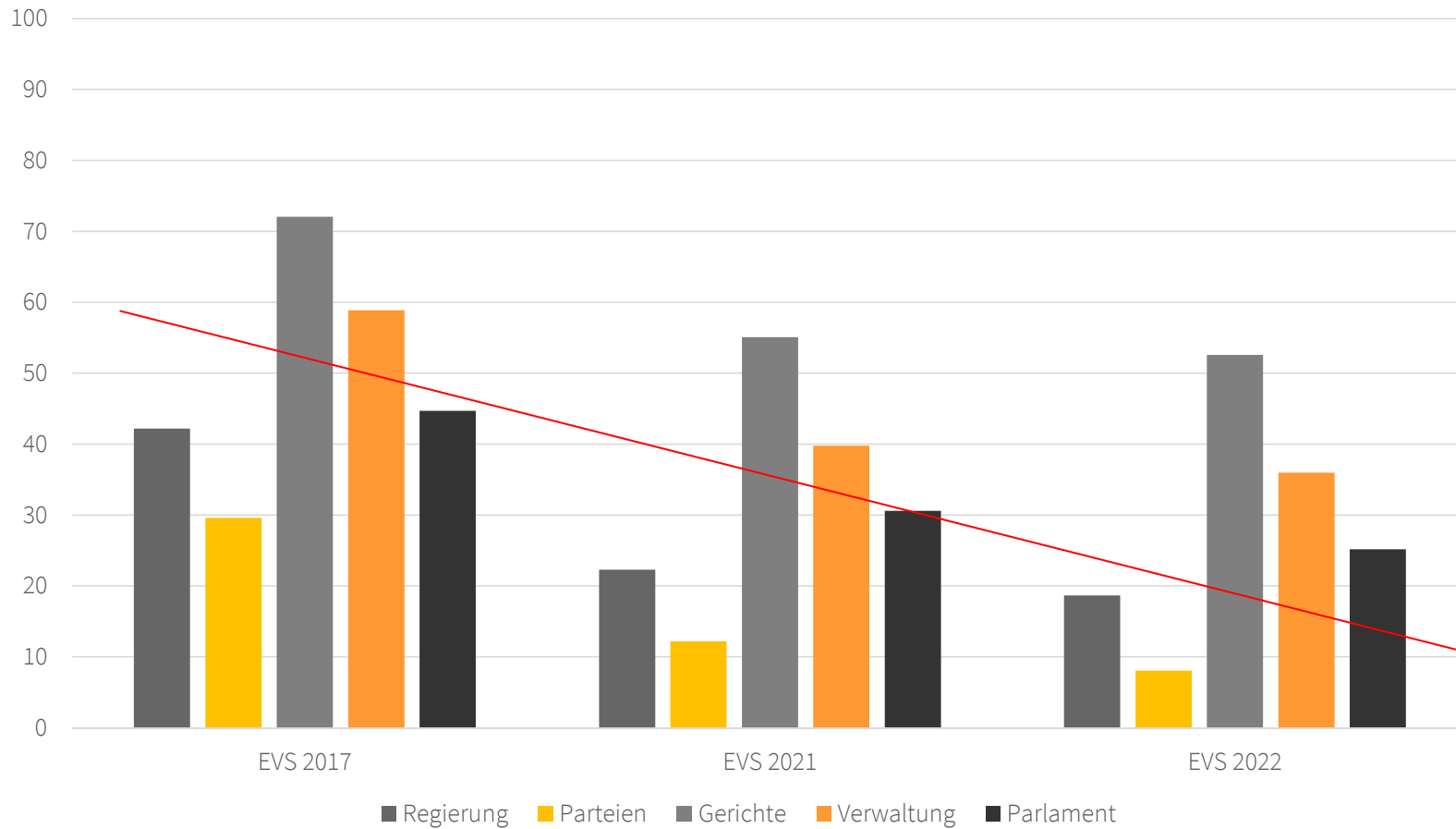


- „Es ist wichtig, in einer Demokratie zu leben“: 95% (Ö 2021)
- Österreich gehört seit Jahrzehnten innerhalb der in der EVS untersuchten Länder zu den Ländern mit sehr hoher Zustimmung
- Legitimität der Demokratie hat langfristige Zustimmung (Das „Dach“ der Demokratie ist von oben betrachtet in Ordnung)



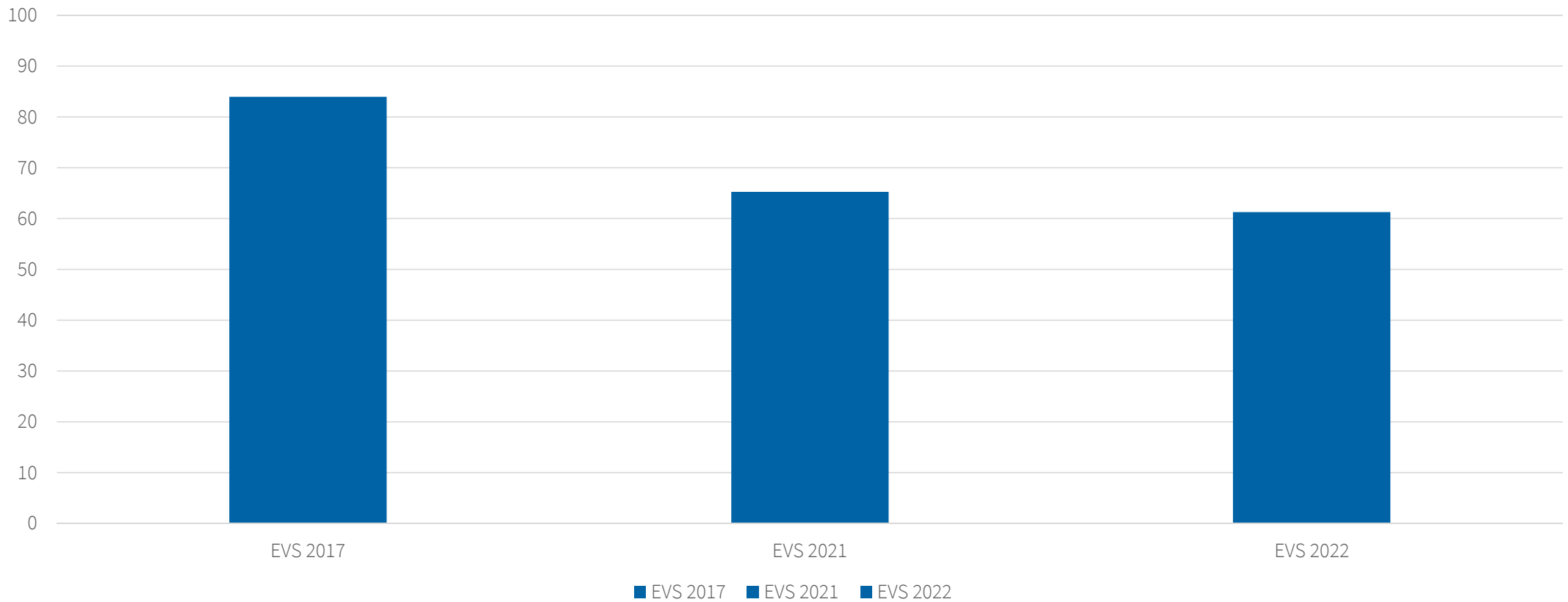


Vertrauen in politische Institutionen in Österreich sinkt



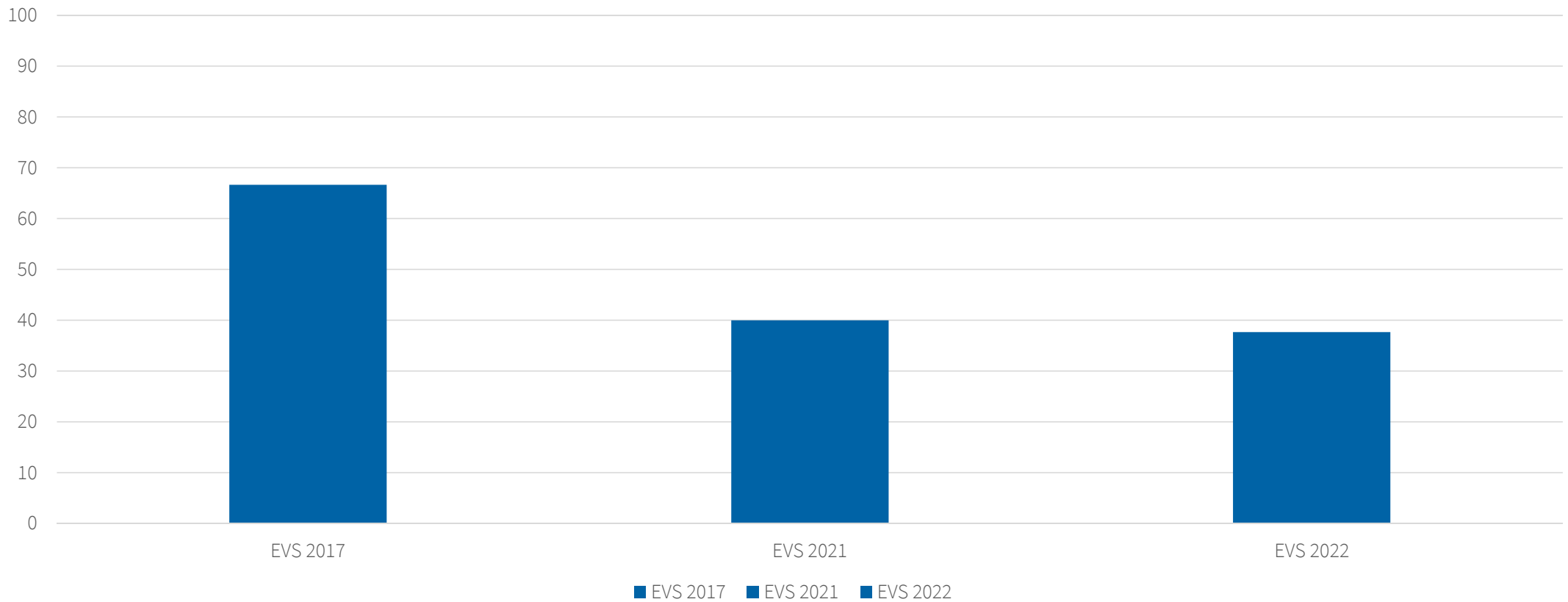
Einschätzung der Qualität der Demokratie sinkt

Wie demokratisch ist Ihr Land?

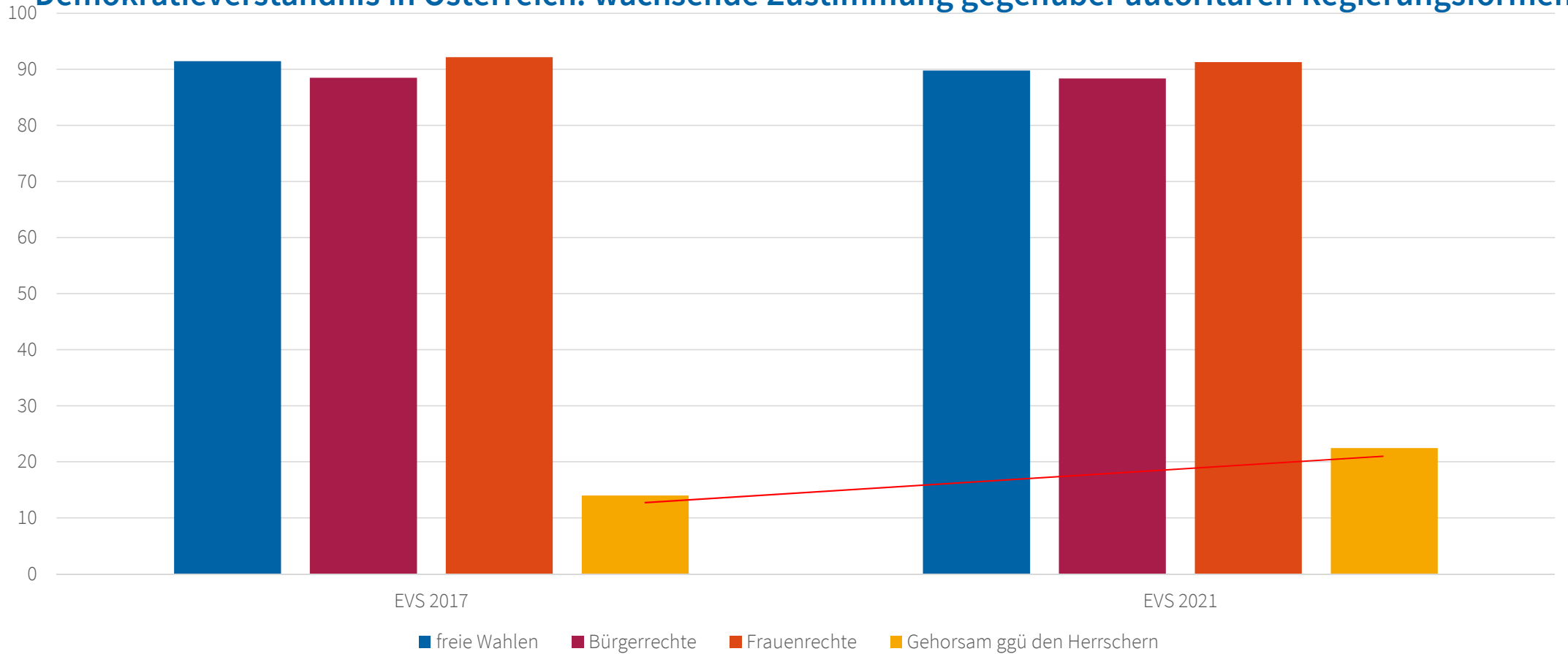


Zufriedenheit mit der Demokratie sinkt

Demokratiezufriedenheit



Demokratieverständnis in Österreich: wachsende Zustimmung gegenüber autoritären Regierungsformen



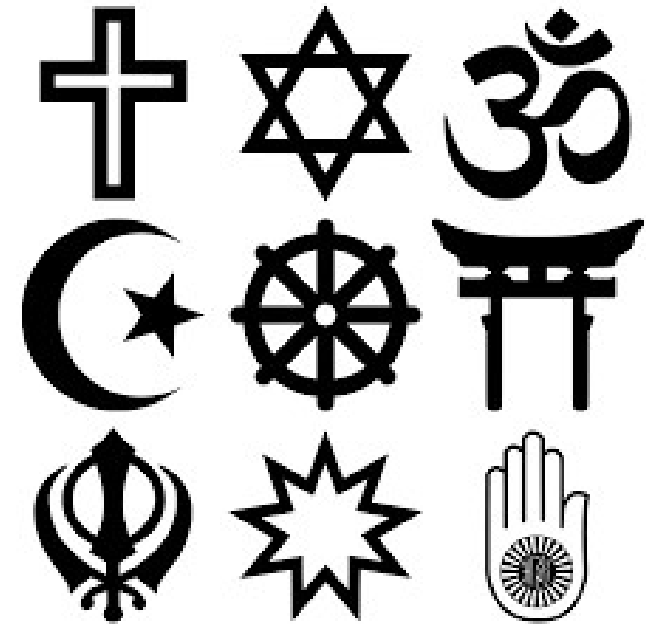
- Mittel- und kurzfristige Legitimitätskrise der Demokratie („das Fundament ist brüchig“)
 - Sinkendes Vertrauen in politische Institutionen, Qualität der Demokratie
 - Unzufriedenheit mit der Demokratie („Repräsentanz-Problem“)
 - Wachsendes „Uninformiertes“ Demokratieverständnis: Liberales, menschenrechtsbasiertes Demokratieverständnis ist in der Krise, Demokratie wird als vereinbar mit autoritären, illiberalen Regierungsformen gedacht (Menschenrechte, Einschränkung der Rechte für einzelnen Gruppen)
 - Fast jeder möchte in einer Demokratie leben; viele denken aber, dass sie nicht in einem demokratischen System leben.
 - Eine signifikante Minderheit wünscht sich einen **starken Führer**, befürwortet **autoritär-obrigkeitliche Elemente**, wünscht sich eine **hierarchische Gesellschaft** und hat ein **uninformiertes Demokratieverständnis** („Herrschaft der Mehrheit“, Ablehnung von Pluralität).
-

Faktoren, die ein informiertes Demokratieverständnis fördern

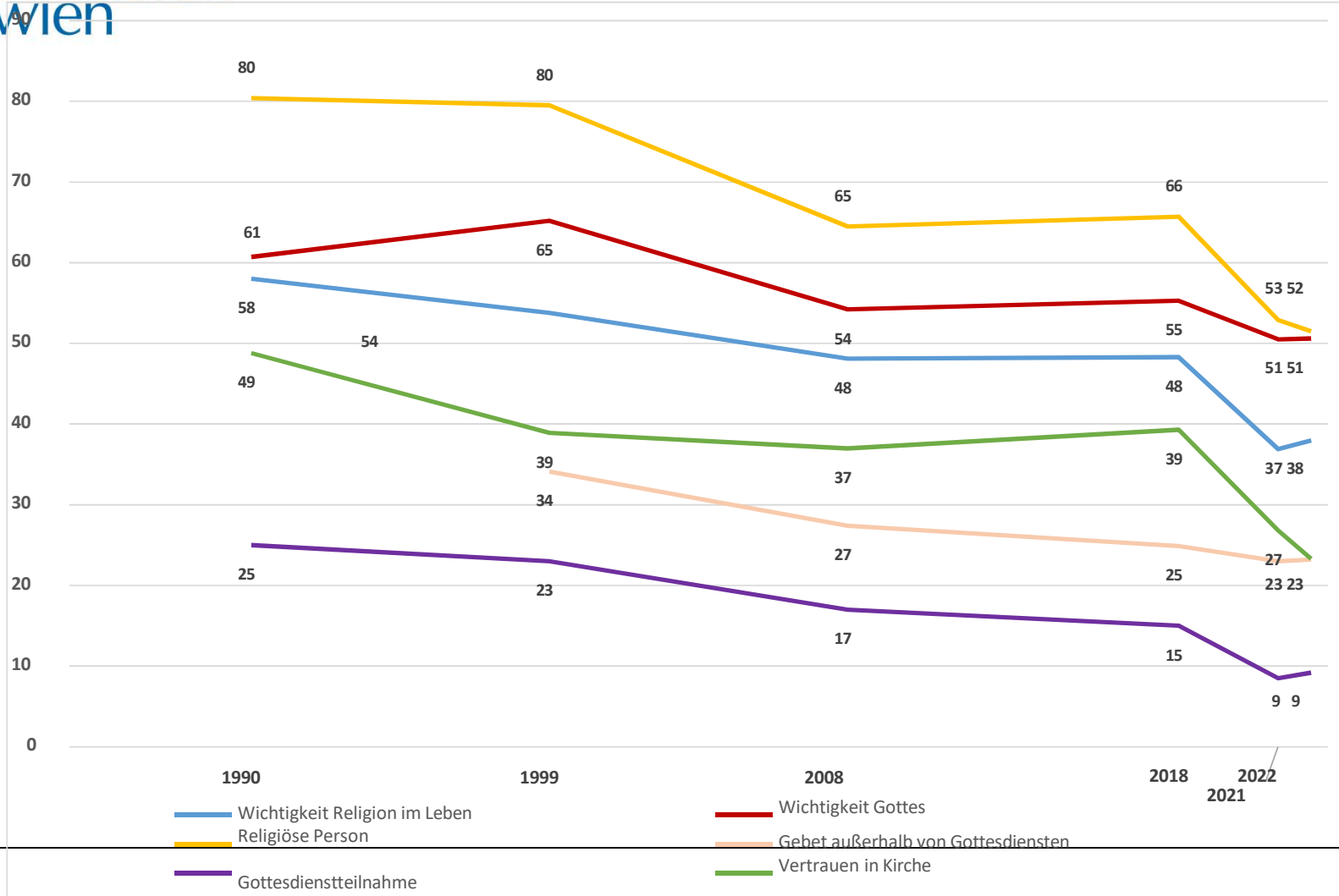
- Zustimmung zu Grundsicherung, Selbstverwirklichungswerte, postmaterielle Werte, kulturelle Werte (Toleranz, Respekt, Verantwortung, höhere Bildung, höheres Alter, Lebenszufriedenheit, Nutzung traditioneller Medien

Faktoren, die ein uninformatiertes Demokratieverständnis fördern

- Zustimmung zu sozialer Gleichheit, Selbstverwirklichung über materielle Werte, kulturelle Werte (Gehorsam, harte Arbeit), nationalistische und rassistische Einstellungen, Nutzung sozialer Medien und
 - Religiöses Selbstverständnis, religiöser Glaube
-



Zustand und Rolle der Religion



- **Einbruch der traditionell-christlichen, kirchlich geprägten Religiosität:**
 - Die These vom „Believing without Belonging“ ist widerlegt, galt nur im „Übergang“: Ohne soziale Plausibilitätsstrukturen, ohne institutionelle Anbindung verdunstet irgendwann – JETZT – auch der Glaube an Gott: Indifferente Religionsfreundlichkeit, „diffus-liquidierte Religiosität)
 - **Auch innerhalb derer, die sich als christlich, katholisch verstehen enorme Veränderungen:**
 - Verlust eines expliziten Glaubens an den biblisch bezeugten Gott der Offenbarung: „Höheres Wesen“ u.ä. Vorstellungen → der Glaube an Christus wird unverständlich
 - Fragmentierung: Religiöse Versatzstücke werden punktuell herangezogen zur individuellen Lebensbewältigung → Glaube als alltägliche Praxis und umfassende Lebensform verschwindet
 - Individualisierung: Glaube ist etwas zwischen mir und Gott → konstitutiver Gemeinschaftsbezug erodiert
 - Auch Katholik/innen glauben an ein (positives) vorherbestimmtes Schicksal, an das Universum und an Verschwörungstheorien
 - Christliches Selbstverständnis verbindet sich bei best. Gruppen mit Einstellungen, die mit dem christlichen Glauben unvereinbar sind (Fremdenfeindlichkeit; Assist. Suizid; Polyamorie, ...)
 - „Entbettete Religiosität“ ist politisch instrumentalisierbar: Christentum als kultureller „Identity-Marker“ zur Ab- und Ausgrenzung (Erklärung für die Paradoxie der politisch hohen Relevanz von „Religion“ und „Werten“ bei gleichzeitigem Relevanzverlust des Glaubens im Alltag und der Kirchen sowie Desavouierung von ethischen Ansprüchen an die Politik („Gutmenschen“)
-

- Drei zeitgleiche Prozesse in Europa mit regional unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Stärken
 - *Säkularisierung* (gesellschaftlicher Bedeutungsverlust von Religion auf der Ebene der subjektiven Religiosität)
 - *Pluralisierung* (durch Individualisierung und Migration)
 - *Revitalisierung* (insbes. in Verbindung mit politischen Entwicklungen, insbes. Retro-Nationalisierung-Politiken)
 - Regionale Unterschiede
 - *West-Europa*: Religionsbindung nimmt ab, Mitgliederverlust der christlichen Kirchen, Abnahme religiöser Praxis und religiösen Selbstverständnisses: Säkularisierung scheint Pluralisierung und Individualisierung zu dominieren
 - *Ost-Europa*: nach einer politisch induzierten Erosion von Religionszugehörigkeit durch den real existierenden Sozialismus (verschieden in verschiedenen Ländern) zunächst (ebenso heterogene Revitalisierung) im Zuge des Nation-Building (National-Identity-Politics, seit einigen Jahren ebenso Säkularisierung – aber pfadabhängig)
-



	Religious person		Church attendance (Mean for the year)		Membership of a religion	
	1990	2017	1990	2017	1990	2017
Northern Europe						
Iceland	75	52	3.5	3	96*	80
Finland	59	54	4	5	88	75
Sweden	31	30	5	5	77	64
Norway	47	38	5	5	89	64
Denmark	72	60	4	4	91	83
Western Europe						
Great Britain	57	40	10	8	56	41
France	51	40	7	5	61	43
The Netherlands	61	44	13	7	51	39
W-Germany	65	59	12	8	89	68
E-Germany	38	28	3	3	35	28
Switzerland	73	48	16*	6	88	70
Austria	81	63	18*	10	88	73
Italy	85	77	23	18	85	79
Portugal	75	77	23	15	92	80
Spain	67	51	18	11	85	64
Central Eastern Europe						
Poland	95	86	38	30	96	92
Hungary	57	56	14	8	55	47
Czechia	36	37	9*	5	40*	26
Slovakia	82*	76	21	19	78	75
Slovenia	73	67	15	11	71	64
Baltic Region						
Estonia	36*	38	4*	4	27*	21
Lithuania	83*	85	14*	12	84*	88
Russian Region						
Belarus	70*	63	4*	8	63*	66
Russia	64*	77	4	7	54*	54
Georgia	86*	95	10*	13	89*	94
Armenia	-	92	-	15	-	90
Azerbaijan	-	91	-	6	-	96
Southeastern Europe						
Croatia	72*	82	15*	14	88*	81
Romania	74	84	17*	21	94	96
Serbia	60*	80	6*	8	78*	62
Bosnia and Herzegovina	70	86	19*	19	70*	97
Bulgaria	52*	65	6*	8	66*	75
Montenegro	-	89	-	13	-	72
North Macedonia	66*	82	11*	15.5	91*	92
Albania	-	81	-	7	-	94

Signifikanter Einfluss von subjektiver Religiosität: Demokratische politische Werte und Religiosität, Beispiele

	Religiöse Person	Teilnahme an Gottesdiensten	Wichtigkeit Gottes im Leben	Mitglied in rel. Organisationen
Gute Regierungsform: demokratisches System	-,05	-,04	-,06	,07
Gute Regierungsform: starker Führer	,18	,09	,24	-,10
Einschätzung Demokratie im eigenen Land	-,09	-,05	-,14	,18
Vertrauen in Parlament	-,01	,01	-,03	,11

Ambivalenter Einfluß von subjektiver Religiosität auf demokratiepolitische Einstellungen

- **Positiver Einfluß** (Vertrauen in Parlament, Einschätzung der Qualität der Demokratie, Ablehnung eines starken Führers)
 - Mitglied in einer religiösen Organisation
 - Aktives, soziales Engagement
- **Negativer Einfluß** (geringes Vertrauen in Parlament, Unzufriedenheit mit der Demokratie, Befürwortung eines starken Führers)
 - Religiöses Selbstverständnis und hohe Wichtigkeit Gottes im Leben
 - Ohne aktive Zugehörigkeit zu einer religiösen Organisation und Praxis

Entscheidend für den Einfluß auf demokratiepolitische Einstellungen sind also zum einen aktive Zugehörigkeit und soziale Praxis.

- Religiöse Pluralisierung als zentrale Herausforderung für Demokratien und Religionsgemeinschaften bzw. religiöse Menschen.
- Für religiöse Menschen erzeugt das eigene Verständnis von „Wahrheit“ Spannungen und Konflikte zu und mit anderen (religiösen) Wahrheitsvorstellungen → Vorurteile gegenüber anderen Gruppen in Verbindung mit Religiosität wirken sich ambivalent aus:
 - Ethnozentrismus/Nationalismus verstärkt Vorurteile
 - Religiöser Exklusivismus verstärkt Vorurteile
 - Offenheit für Pluralität und Universalismus schwächen Vorurteile
- Personen, die sich eine kulturell homogene anstelle einer pluralen Gesellschaft wünschen, Vorurteile gegenüber anderen sozialen Gruppen haben, und ein exklusivistisches Religions-Verständnis haben, tendieren stärker zu antidemokratischen Einstellungen

Vorurteile sind die zentrale Brücke, die Religiosität zu einem Faktor machen kann, der demokratiepolitische Einstellungen negativ beeinflusst („Wahlverwandtschaften“ mit rechtsautoritären Parteien)

- Negative Vorurteile, die demokratische Einstellungen schwächen, beziehen sich auf
 - Juden (Antisemitismus)
 - Muslime (Islam-, Muslimfeindlichkeit)
 - V.a. homosexuelle Menschen (Ö: 46% möchten nicht neben homosexuellen Menschen leben)
- Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Diversität ist stärker als antisemitische und antimuslimische Einstellungen.
- Der direkte Einfluß von Religiosität auf demokratische Einstellungen ist auch diesbez. ambivalent (und in Osteuropa deutlich stärker negativ)
- Auch die explizite Ablehnung von Religion fördert antidemokratische Systemalternativen.

Die Situation ist komplex, man muss genau hinsehen Religiosität ist ein signifikanter, aber ambivalenter Einflussfaktor auf demokratiepolitische Einstellungen

Die Implosion traditionell-praktisch gelebter Religiosität (der Kirchen) führt zu einer „dis-embedded“ Religion, die politisch instrumentalisiert werden kann



Praxisverlust reduziert Religion auf eine Weltanschauung, die anfällig für politische Ideologien werden kann, insbes. im Bereich Migration und Nationalismus (Religion wird „gekapert“).

Religiöses Selbstverständnis wird zum kulturellen „Identity-Marker“, Abgrenzung v.a. gegenüber Migrant*innen und Muslim*innen

Transnationale rechtsautoritäre Netzwerke kooperieren mit Gruppierungen aus den christlichen Kirchen und bekämpfen organisiert die liberale, menschenrechtsbasierte Demokratie, Gender, religiöse und kulturelle Pluralität sowie LGBTQI+



universität
wien

Weiterführende Überlegungen



- Förderung religiöser und politischer Bildung - und deren Zusammenhänge
 - Spezifische Beschaffenheit von Religion („WELCHE Religion braucht die Demokratie?“)
 - Partizipation statt Autoritarismus
 - Anerkennung von Pluralität und Minderheiten
 - Soziale Praxis, Gemeinschaft und institutionelle Anbindung als genuiner Ausdruck des Glaubens
 - Lassen sich theologisch begründen und müssen aber auch innerhalb der Kirche gefördert werden
 - Glaube und Kirche sind mehr als „Moral- und Werte-Agenturen“: ideologiekritische Funktion
 - Glaube an Gott: keine spirituelle oder psychologische Funktion, sondern Gott hat Namen, Inhalt Anspruch (Glaube an Gott untrennbar verbunden mit ethischen und rechtlichen Normen: Würde, Gleichheit, Gerechtigkeit)
 - „Gott“ unterstellt sich selbst in seinem Bund und der damit verbundenen Lebensform der universalen Gerechtigkeit: Gemeinsamkeit zwischen Demokratie und Religion – kann religiöse und atheistische Menschen verbinden („abrahamitische Unterscheidung“ nach Omri Böhm)
-

- Religionen bevorzugen die Rede von Normen, Geboten, Gesetzen, Pflichten, Tugenden, Etc. – übersetzen dies aktuell in den Werte-Begriff, weil anschlussfähig
 - Religiöse „Werte“ sind heteronom (z.B. „Offenbarung“) und nicht beliebig verhandelbar (Moderne Werte verstehen sich als menschengemacht und autonom verhandelbar)
 - Religion bietet nicht nur Werte, sondern Werte sind Konsequenz einer religiösen Weltsicht und einer damit verbundenen im gesamten Alltag gelebten Praxis
 - Religiöse Werte gibt es nicht „an sich“, sondern sind abgeleitet von dieser Weltsicht und untrennbar verbunden mit Praxis
 - „Christliche Werte“ sind demzufolge keine abstrakte Größe, auf die man beliebig rekurrieren kann, sondern als Motive ethischen und politischen Handelns eingebettet in den christlichen Glauben, eine christliche Lebensweise, bedürfen der Interpretation und damit der Bildung in Theorie und Praxis – dies betrifft insbesondere jene Werte, die sich auf den politischen Bereich beziehen
 - stimulieren ethische Debatten, kritisieren Werte-Ideologien, integrieren alle Werte, die dem guten und gerechten Leben jedes Einzelnen und allen dienen, bedürfen der theologischen Kritik - vor dem Hintergrund des christlichen Glaubens in seiner gesamten Gestalt
-

Für Religionsgemeinschaften: Wie kann man die demokratieförderlichen „Werte“ und Einstellungen von Religion fördern? Was ist zu tun, um die democratieschädigenden Werte und Einstellungen zu bearbeiten?

- Z.B. Selbstkritische Fragen nach innen:
 - Welche religiösen (theologischen) Motive stärken autoritäre Einstellungen sowie Vorurteile? (z.B. autoritäres Gottesbild, exklusivistisches Wahrheitsverständnis, Einstellungen zu anderen Religionen bzw. Sexualität, die verkündigt werden, Vermittlung von religiösen Überzeugungen als Sachinformationen)
 - Welche religiösen Praktiken stärken autoritäre Einstellungen sowie Vorurteile? (z.B. Mangel an sozialer Praxis generell, Mangel an Partizipation und „Demokratie“ im religiösen Gemeinschaftsleben; autoritäre Strukturen; „Vereinsmeierei“; Rückzug und Segregation, Mangel an Dialog mit der Gesellschaft, „Kulturchristentum“ ohne Bildung und Praxis)
 - Wie steht es um die Bildung der Gläubigen hinsichtlich der politischen Dimensionen des Glaubens und der liberalen Demokratie (Politische Theologien, Christliche Soziallehren, Politische und Demokratiebildung)
 - Z.B. Praxis
 - Bildung, Bildung, Bildung
 - Vermittlung gelebter – geglaubter Glaube
 - Religiöses Gemeinschaftsleben als „Übungsraum“ für Demokratie oder Role-Modell für Demokratie (Synodaler Prozess)
-

Für politische Akteure: Wie kann man den demokratieförderlichen Beitrag von Religionen fördern?
Was ist zu tun, um die democratieschädigenden Werte und Einstellungen zu bearbeiten?

- Z.B. Selbstkritik:
 - Wie steht es um die Einstellungen zu Religion im politischen Diskursraum und unter Politiker*innen? (Säkularismus, Ignoranz, Tabu)
 - Wie steht es um die Demokratisierung von Werte-Diskursen in der Gesellschaft („Top-Down“-Verordnung von Werten, Mangel an Begründung und Transparenz, Anschlussfähigkeit an kulturelle Gegebenheiten)
 - Wie steht es um die Repräsentanz von „Religion“ und „Religionsgemeinschaften“ als Partner in politischen Diskursen?
 - Wie wird religiöse Bildung und Werte-Bildung gefördert?
 - Werte als neue Religion?
 - Z.B. Praxis
 - Dialog und Konflikt
 - Bildung, Bildung, Bildung
 - Art. 17, Runde Tische, Religionenbeiräte,
-

„Geistliches und Weltliches gehören im individuellen und sozialen Handeln unlösbar zusammen. Es umfasst notwendig auf beiden Ebenen immer beides. Politik ist eine geistliche Herausforderung. Und geistliches Leben steht in der Politik erst überhaupt vor seiner wirklichen Bewährung.“

Elmar Klinger, Volk Gottes – was nun?

Ihr wisst, dass die, die als Herrscher gelten, ihre Völker unterdrücken und die Mächtigen ihre Macht über die Menschen missbrauchen. Bei Euch aber soll es nicht so sein, sondern wer bei Euch groß sein will, soll Euer Diener sein.“ (Mk 10, 42ff)

„Politik ist die höchste Form der Nächstenliebe.“ (Papst Paul VI.)

Die Christen sollen in der politischen Gemeinschaft jene Berufung beachten, die ihnen ganz besonders eigen ist. Sie sollen beispielgebend dafür sein, insofern sie pflichtbewusst handeln und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Sie sollen durch ihre Tat zeigen, wie sich Autorität mit Freiheit, persönliche Initiative mit solidarischer Verbundenheit zum gemeinsamen Ganzen, gebotene Einheit mit fruchtbarer Vielfalt verbinden lassen. Berechtigte Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Ordnung irdischer Dinge sollen sie anerkennen, und die anderen, die als Einzelne oder kollektiv solche Meinungen anständig vertreten, sollen sie achten. (Gaudium et Spes, Kap IV)
